Kluwer Patent Blog

EPA-Propaganda-Meisterkurs - oder: Wie man höhere Gebühren für minderwertige Arbeit rechtfertigt

Thorsten Bausch (Hoffmann Eitle) - Samstag, 9. September 2023

Für regelmäßige Leser dieses Blogs wird es nichts Neues sein, dass ich und viele andere seit langem für mehr gut ausgebildete Prüfer beim EPA eintreten, z. B. hier. Natürlich müssen diese Prüfer auch ausreichend Zeit haben, um die ständig steigende Zahl neuer Patentanmeldungen pro Jahr gründlich zu prüfen.

Leider ist es auch kein Geheimnis, dass die Politik der EPA-Leitung, die leider vom Verwaltungsrat gebilligt wurde, in den letzten zehn Jahren genau das Gegenteil bewirkt hat. Während die Zahl der neuen europäischen Patentanmeldungen pro Jahr um etwa 10 % **gestiegen ist**, d .h. von
174.500 bis 193.500, im Zeitraum von 2018 bis Ende 2022 **ging** die Zahl der Prüferinnen und Prüfer sogar um etwa 10 % **zurück**, d. h. von 4315 auf weniger als 4000.

Hinzu kommt, dass der Verwaltungsrat (AC) Druck auf das EPA ausgeübt hat, so viele Patente wie möglich pro Jahr zu erteilen. Als zum Beispiel die Zahl der Erteilungen im Jahr 2022 plötzlich zurückging, wurden einige Mitglieder des Verwaltungsrats ziemlich nervös. Die Leitung des EPA wurde gedrängt, etwas zu unternehmen, um die Zahlen wieder zu erhöhen. Das Ergebnis war ein starker Anstieg der Erteilungen in der ersten Hälfte des Jahres 2023 auf Kosten der Recherchen und Mitteilungen nach Art. 94(3) EPÜ. Mit anderen Worten: Das EPA ist in den Jo-Jo-Modus verfallen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Qualität der europäischen Patente gelitten hat. Selbst nach den eigenen Maßstäben des EPA sind die Ergebnisse der Erteilungsprüfung von etwa 85 % auf etwa 75 % zurückgegangen, wie die folgende Folie des EPA zeigt:

Die Beschwerden der Industry Patent Quality Charter (IPQC) und anderer scheinen daher begründet zu sein und verdienen es, ernst genommen zu werden.

In diesem Beitrag geht es jedoch um einige (vielleicht unbeabsichtigte und sicherlich unerwünschte) Nebeneffekte der Politik der EPA-Leitung auf der monetären Seite. Aufgrund der Tatsache, dass Patente heute schneller erteilt werden als früher, sieht das EPA inzwischen eine seiner Haupteinnahmequellen schwinden, nämlich die vor der Erteilung fälligen internen Verlängerungsgebühren. In den eigenen Worten des EPA:

> Für eine europäische Patentanmeldung sind vom Anmelder für das dritte und jedes weitere Jahr interne Jahresgebühren (IRF) an das EPA zu entrichten, die ab dem Anmeldetag berechnet werden. Nach der Erteilung des europäischen Patents und zu dessen Aufrechterhaltung sind nationale Jahresgebühren (NRF) an die jeweiligen Ämter der benannten Staaten zu entrichten, in denen der Patentinhaber das europäische Patent validiert hat. Jeder Vertragsstaat ist für die Festlegung der jeweiligen Höhe der NRF zuständig, und das EPA erhält 50 % der NRF-Beträge.
>
> Die Umsetzung von Early Certainty seit 2014 und die Effizienzsteigerungen durch SP2023 haben zu einer Verlagerung der Einnahmeströme geführt, da sich das EPA von einem Rückstau zu einem Amt mit "Reisegeschwindigkeit" entwickelt hat.

Mit anderen Worten: Das EPA verdient aufgrund seiner fragwürdigen Personal- und Qualitätspolitik jetzt weniger Geld als zuvor.

Es gibt zwei Arten von Managern in dieser Welt. Die eine Art erkennt, dass eine Politik, die sowohl zu geringeren Einnahmen als auch zu Kritik seitens wichtiger Nutzer führt, vielleicht überdacht und rückgängig gemacht werden sollte. Der andere Typus "macht einen Rückzieher" und fährt mit voller Kraft voraus (auch bekannt als "Titanic-Ansatz"). Ich überlasse es den Lesern, wie sie die Leitung des EPA einschätzen würden.

Auf jeden Fall klafft nun eine (reale) Lücke in den Einnahmen des EPA, die geschlossen werden muss. Wie kann man das erreichen? Ganz einfach - man hebt die Jahresgebühren an, insbesondere die Gebühren, die im dritten und vierten Patentjahr fällig werden, wenn das Patent noch nicht erteilt wurde, d. h. die internen Jahresgebühren des EPA. Nehmen wir an, die Buchhalter des EPA haben der Amtsleitung mitgeteilt, dass diese Gebühren um satte 20-25 % angehoben werden sollten, z. B. von 530 € (jetzt) auf 690 € für das dritte Ordnungsjahr oder von 660 € (jetzt) auf 845 € für das vierte Ordnungsjahr.

Es ist vorhersehbar, dass eine solch massive Gebührenerhöhung bei denjenigen, die sie letztlich zahlen müssen, also den Anmeldern, nicht gerade auf Gegenliebe stoßen wird. Daher muss alles daran gesetzt werden, diese Gebührenerhöhung denjenigen schmackhaft zu machen, die darüber zu entscheiden haben, d. h. dem Verwaltungsrat des EPA. Wir sollten das Boot nicht zu sehr schaukeln.

Damit haben Sie nun den passenden Hintergrund für das harmloseste Papier, das das EPA je

veröffentlicht hat, nämlich das *Non-paper on fee-related support measures for micro-entities and fee policy* Non_paper_on_fee_policy_May_2023_1694250623. Würden Sie, als Mitglied des AC, sich überhaupt die Mühe machen, es zu lesen? Kann jemand jemals gegen *"gebührenbezogene Fördermaßnahmen für Kleinstunternehmen"* sein? Sicherlich nicht. Auf geht's. Auf geht's.

Aber nehmen wir einmal als Ausweichposition Nr. 1 an, dass die Mitglieder des Verwaltungsrates (und die Öffentlichkeit) sich wenigstens die Mühe machen, die Einleitung dieses "Non-papers" zu lesen, um herauszufinden, worum es genau geht, obwohl sie ziemlich beschäftigte Menschen sind. In diesem Fall werden sie in Absatz 1 der Einleitung darüber aufgeklärt, wie großartig und wie wichtig die KMU für die europäische Wirtschaft sind. Gut und schön. Aus Absatz 2 werden die Leserinnen und Leser weiter verstehen, dass die Zeiten schwierig sind, insbesondere für KMU, wegen der vergangenen Pandemie, Lieferkettenproblemen, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Inflation. Wahrscheinlich haben Sie das schon einmal gehört, aber es ist sicher wahr oder zumindest plausibel.

Der dritte Absatz beginnt dann mit

> Vor diesem Hintergrund ist das EPA bestrebt, die Attraktivität des europäischen Patentsystems weiter zu steigern, indem es den Zugang für innovative kleinere Unternehmen noch weiter erleichtert.

Ja, großartig. Wer würde schon erwarten, dass sich hinter solch edlen Absichten eine Gebührenerhöhung verbirgt? Die Sache ist jedoch die, dass Kleinstunternehmen (d. h. Unternehmen mit <10 Beschäftigten und ? 2 Mio. EUR Umsatz oder Bilanzsumme, keine Tochtergesellschaft oder im Besitz eines größeren Unternehmens) nur einen sehr geringen Prozentsatz aller europäischen Patentanmeldungen einreichen, was verständlich ist, wenn man bedenkt, wie teuer Patente immer noch sind und dass man besser eine patentierbare Erfindung gemacht haben sollte, um damit zu beginnen. Daher werden die vorgeschlagenen Maßnahmen für das EPA glücklicherweise nicht übermäßig kostspielig sein. Nichtsdestotrotz ist es eine gute Idee, die es verdient, näher erläutert zu werden:

> Um dieses Ziel zu erreichen, werden in diesem Papier neue gebührenbezogene Maßnahmen erwogen, die weit über die bereits bestehenden hinausgehen. Konkret beabsichtigt das EPA, diese Einrichtungen durch gezielte Gebührensenkungen weiter zu unterstützen, wobei insbesondere innovative Unternehmen mit wenig Erfahrung mit dem europäischen Patentsystem angesprochen werden sollen. **Es ist beabsichtigt, die derzeitige finanzielle Unterstützung um das Vierfache zu erhöhen.**
>
> Darüber hinaus wird im Einklang mit dem Gesamtziel eine **Vereinfachung der Gebührenstruktur** vorgeschlagen, um Bürokratie und Komplexität zu verringern und gleichzeitig die Gelegenheit zu nutzen, Anreize für die Digitalisierung von Prozessen zu schaffen.

> Auch die in CA/50/22 vorläufig vorgesehene Inflationsanpassung von 5 % im Jahr 2024, die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 75 Mio. EUR entspricht, wird nicht realisiert. Stattdessen wird eine **gezielte Anhebung bestimmter Verfahrensgebühren und der internen Verlängerungsgebühren** vorgeschlagen, mit der auch die vorgeschlagenen Unterstützungsmaßnahmen finanziert werden sollen, während gleichzeitig den jüngsten Trends und Entwicklungen Rechnung getragen wird, die hauptsächlich auf die Verbesserung der Fristen beim EPA zurückzuführen sind

So wird lediglich eine "gezielte Erhöhung" "bestimmter" Verfahrens- und interner Verlängerungsgebühren vorgeschlagen, um "auch die vorgeschlagenen Unterstützungsmaßnahmen zu finanzieren".

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Doch diese gezielte Anhebung bestimmter Gebühren ist nicht einmal der Höhepunkt dieses Meisterwerks der Einführung. Der Höhepunkt ist die Tabelle am Ende dieses Kapitels, die hier wiedergegeben wird.

In a nutshell, the EPO proposes four options as a basis for discussion that can be summarised in simplified terms as follows:

Option	Micro Entity support	Procedural fee adjustment	Simplification of the fee structure
Option 1	**20%** reduction on filing, search, examination, designation, grant and internal renewal fees	**5%** increase on search, examination, designation and grant	Elimination of 7 rarely used fees
Option 2	**20%** reduction on filing, search, examination, designation, grant and internal renewal fees	**4%** increase on search, examination, designation and grant	Elimination of 7 rarely used fees
Option 3	**30%** reduction on filing, search, examination, designation, grant and internal renewal fees	**4%** increase on search, examination, designation and grant	Elimination of 7 rarely used fees
Option 4	**30%** reduction on filing, search, examination, designation, grant and internal renewal fees	**0%** increase on search, examination, designation and grant	Elimination of 7 rarely used fees

Sieht toll aus, nicht wahr? Kleinstunternehmen profitieren stark, bestimmte Verfahrensgebühren werden angehoben (allerdings nur um 4-5 %, was durchaus im Rahmen der aktuellen Inflationsrate liegt), und die Gebührenstruktur wird durch die Abschaffung von 7 selten verwendeten Gebühren vereinfacht. Ein großartiger Vorschlag. Sie können hier aufhören und für den Vorschlag stimmen.

Oder Sie lesen weiter - das wäre Ausweichposition Nr. 2 - vorausgesetzt, Sie sind ein gründlicherer Leser. In diesem Fall müssten Sie sich immer noch durch die Seiten 5-8 wühlen, die Ihnen im Grunde die gleiche Geschichte in noch größerer Ausführlichkeit erzählen, bis Sie zu Kapitel 5 "Finanzierungsmaßnahmen" gelangen. Und selbst dieses Kapitel beginnt mit dem Vorschlag, *auf einen allgemeinen Inflationsausgleich für 2024 zu verzichten*. Es wird immer besser für die Antragsteller. Wer kann da schon dagegen sein?

Nur auf Seite 9 dieses Non-Papers wird über die Verluste des EPA durch seine "Geschwindigkeit über alles"-Politik berichtet. Es wird ein typischer Fall geschildert, bei dem davon ausgegangen wird, dass das Patent nun im Jahr 5 und nicht wie bisher im Jahr 6 erteilt wird. Daraus ergibt sich für das EPA ein Rückgang der Einnahmen um 970 EUR pro Patent.

Hmm. Armes EPA. Was kann man also dagegen tun?

In Kapitel 5.2 heißt es natürlich nicht "Gebührenerhöhung", sondern es wird eine "lineare Progression der IRF-Renten" vorgeschlagen. Eine großartige Idee, denn wer in aller Welt würde eine quadratische oder gar exponentielle Progression solcher Gebühren unterstützen? Das würde so gierig klingen. Aber linear ist gut, und so ist das Non-Paper ein Paradebeispiel für Bescheidenheit und Altruismus. Also los geht's:

> Es wird daher vorgeschlagen, eine lineare Progression der IRF-Gebühren anzunehmen. Die vorgeschlagenen IRF-Gebühren (siehe ANHANG 4) erreichen für die Ordinaljahre 10-20 denselben Betrag wie heute und folgen bis zum Jahr 10 einer linearen Progression.
>
> Die stärkste Veränderung gegenüber dem IRF vom 1. April 2023 würde sich für die Ordnungsjahre drei bis fünf ergeben.

Daher werden die Leser höflich auf die Anhänge verwiesen (unsere Ausweichposition Nr. 3), von denen nur der allerletzte die tatsächlich vorgeschlagenen Zahlen enthält. Die Zahlen (die eine Gebührenerhöhung von 20-25 % widerspiegeln, wenn man nachrechnet) sind in der Tat dort zu finden, aber sorgfältig eingebettet zwischen den Worten "Option", "Rabatt" und einem Diagramm, das auf den ersten Blick den Eindruck erweckt, dass alles mehr oder weniger in den derzeitigen Bereichen bleibt. Man muss schon sehr genau auf die tatsächlichen Zahlen und den Text schauen (Fallback-Position 4), um zu erkennen, worum es in diesem Non-Paper eigentlich geht: eine massive Erhöhung der internen Verlängerungsgebühren des EPA.

Letztendlich war das EPA bei der Prüfung von Patentanmeldungen mit "Reisegeschwindigkeit" so "erfolgreich", dass es nun mehr Geld für minderwertige Arbeit haben will. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Gelegentlich habe ich die Europäische Patentorganisation mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation verglichen und den Präsidenten des EPA mit Kaiser Maximilian I. Eine weitere hochinteressante Parallele zwischen beiden ist der geschickte und ausgiebige Einsatz von *Propaganda*. Maximilian I. lebte zu einer Zeit, als Guttenberg gerade den Buchdruck erfunden hatte, und war einer der ersten Herrscher, der die propagandistischen Möglichkeiten des sich mit neuen Gestaltungsformen ausbreitenden Drucks erkannt hatte; er förderte Holzschnitt und Typografie und beschäftigte dafür die besten Holzschneider seiner Zeit (Quelle: wikipedia). Er schrieb (bzw. ließ schreiben) zwei Bücher, *Theuerdank* und *Weißkunig*, die in Form eines hochmittelalterlichen Epos über seine Heldentaten berichteten und üppig illustriert waren.

Insbesondere stellt *Theuerdank* eine Legende seiner eigenen Person dar, die klug, weise und tapfer alle Gefahren meistert. Seine Widersacher *Fürwitz*, *Unfall* und *Neidhard* stellen Allegorien dreier Laster dar: Wollust, Ruhmesgier und Neid. Mit ihnen als Gegenspielern gelang es Maximilian, einen Mythos zu schaffen, eine Mischung aus Fiktion und Realität, die seine Position als Sieger illustrierte. Es lohnt sich, die Wikipedia-Einträge zu Maximilian und Theuerdank im Detail zu lesen - vielleicht entdecken Sie noch mehr Parallelen. Lesen Sie dann noch einmal die Hochglanzberichte des EPA darüber, wie heldenhaft der Präsident die Qualität verbessert hat oder verbessern wird, und Sie wissen, was ich meine. Das

aktuelle Non-Paper über gebührenbezogene Unterstützungsmaßnahmen für Kleinstunternehmen und die Gebührenpolitik, ein Meisterwerk der Ablenkung und Verschleierung, sticht unter diesen propagandistischen Maßnahmen sicherlich heraus. Der Mythos von Präsident Robin, der den Armen gibt und von den Reichen (Antragstellern) nimmt, ist allgegenwärtig, während man eine Weile braucht, bis man erkennt, wer eigentlich das Geld von seinem Unternehmen nimmt und warum.

Nur um das klarzustellen: Ihr Geld geht hauptsächlich an eine quasi-autonome internationale Organisation, die so wohlhabend ist, dass sie keine offensichtlichen Probleme hatte, "2,1 Mrd. EUR Vermögensverluste infolge der Verschlechterung der Finanzmärkte im Jahr 2022" (weil sie stark in diese Märkte investiert) und einen "Anstieg der Verbindlichkeiten um 1,2 Mrd. EUR" im letzten Jahr zu verkraften (Quelle: EPA Jahresbericht 2022). Oder vielleicht hatte oder hat es Probleme und die vorgeschlagene Gebührenerhöhung ist Teil der Lösung. Honi soit qui mal y pense.

_____